

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 24.07.2023

Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse aus der Gemeinderatssitzung am 03.07.2023

TOP 3 Neubau Feuerwehrhaus Seeon: Anpassung Ingenieurvertrag Haustechnik IB sib

Der Gemeinderat hat beschlossen, das IB sib Ingenieure GmbH aus Traunreut für die Planungsleistungen HLS und Elektro zu beauftragen.

TOP 4 Neubau Feuerwehrhaus Seeon: Architektenvertrag Behringer - Leistungsstufe 3 u. 4

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Leistungsstufen 3 u. 4 (Leistungsphasen 5-9) für die Architektenleistungen und Freianlagenplanung auf der Grundlage des Architektenvertrages vom 31.03.2020 zu beauftragen.

55. Änderung des Flächennutzungsplanes (PV-Anlage Ebering);

Behandlung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 21.02.2022 beschlossen, ein Verfahren zur 55. Änderung des Flächennutzungsplanes (PV-Anlage Ebering) durchzuführen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 05.05.2023 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Vorentwurf mit Begründung und Umweltbericht wurde am 24.04.2023 durch den Gemeinderat beschlossen. Zugleich wurde die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange beschlossen.

Die Beteiligung erfolgte im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „PV-Anlage Ebering“ im Zeitraum vom 12.05.2023 bis einschließlich 12.06.2023.

Alle eingegangenen Stellungnahmen wurden dem Gemeinderat vorgetragen.

Beschluss: Der Gemeinderat hat die Durchführung der formellen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung beschlossen. Grundlage hierfür ist der überarbeitete Planentwurf des Arch.-Büros Wüstinger Rickert mit Begründung i. d. F. vom 17.07.2023.

Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „PV-Anlage Ebering“;

Behandlung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 21.02.2022 beschlossen, ein Verfahren zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (PV-Anlage Ebering) durchzuführen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 05.05.2023 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Vorentwurf mit Begründung und Umweltbericht wurde am 24.04.2023 durch den Gemeinderat beschlossen. Zugleich wurde die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange beschlossen.

Die Beteiligung erfolgte im Parallelverfahren zur 55. Änderung des Flächennutzungsplanes (PV-Anlage Ebering) im Zeitraum vom 12.05.2023 bis einschließlich 12.06.2023.

Alle eingegangenen Stellungnahmen wurden dem Gemeinderat vorgetragen.

Beschluss: Der Gemeinderat hat die Durchführung der formellen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung beschlossen. Grundlage hierfür ist der überarbeitete Planentwurf des Arch.-Büros Wüstinger Rickert mit Begründung i. d. F. vom 17.07.2023.

Weiteres Vorgehen Bauleitplanung "PV-Anlage Pavolding"

Für den Bebauungsplan „PV-Anlage Pavolding und die parallel in Aufstellung befindliche 53. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde bereits das Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Die Antragsteller haben aufgrund der Stellungnahmen um Zeitaufschub zur finalen Beschlussfassung gebeten, um zu diesem Thema zusätzliche Informationen und Sicherheiten ggf. vom Landesparlament einzuholen.

Durch die Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird der Erzeugung erneuerbaren Energie in der Gesamtabwägung ein wesentlich höherer Wert beigemessen. Vor diesem Hintergrund sollte die Abwägungsentscheidung durch die Gemeinde neu getroffen werden. Es liegt auch ein entsprechender Antrag der Grundeigentümer vor.

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, das Bebauungsplanverfahren sowie das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans wieder aufzunehmen. Die Planungen und Begründungen sind hinsichtlich der neuen Rechtslage zu überarbeiten und mit dem LRA abzustimmen. Im Weiteren sind diese dem Gemeinderat, inkl. der Abwägung der vormals eingegangenen Stellungnahmen, zur Billigung vorzulegen.

Kindergarten Truchtlaching; weiteres Vorgehen Wintergarten

Bei einem Ortstermin wurde die Überlegung vorgebracht, die Wintergärten nicht nur energetisch durch ein Blechdach oder Wärmeschutzglas zu sanieren, sondern eventuell einen Neubau anzustreben. Die Verwaltung sollte hierzu Kostenvoranschläge einholen. Die Verwaltung würde aufgrund der hohen Kosten eine Sanierung vorschlagen.

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, den Wintergarten baulich zu erneuern. Entsprechende Planungen und Angebote sind von der Verwaltung einzuholen. Die Kosten sind im Haushalt 2024 einzuplanen.

30. Änderung des Bebauungsplanes "Truchtlaching-Wehrländer" im Bereich des Grundstückes FINr. 1231/9 Gmkg. Truchtlaching (Alzweg 9); Antrag auf Befreiung von den Auflagen zur sozialgerechten Bodenpolitik

Bereits mit Schreiben vom 23.02.2022 beantragten die Antragsteller eine Änderung des Bebauungsplanes „Truchtlaching-Wehrländer“ für das Grundstück Alzweg 9 in Truchtlaching. Aktuell sieht der Bebauungsplan die Bebauung mit nur einem Einzelhaus vor. Die Familie würde gern das Grundstück teilen und dann jede Teilfläche mit jeweils einem größeren Einfamilienhaus bebauen.

In der Gemeinderatssitzung am 02.05.2022 wurde dann der Aufstellungsbeschluss mit den Auflagen (Bauverpflichtung und Zweitwohnungsausschluss, dinglich gesichert) gefasst. In der Gemeinderatssitzung am 30.01.2023 wurde der Planentwurf zur 30. Änderung des Bebauungsplanes „Truchtlaching-Wehrländer“ gebilligt und die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung beschlossen.

Die Antragsteller haben sich nun zu ihrem laufenden Bauleitplanverfahren geäußert und hierzu um eine Befreiung von den Auflagen Bauverpflichtung und Zweitwohnungsausschluss gebeten.

Die Auflagen zur Sozialen Bodenpolitik sind notwendig, um eine klare Verlässlichkeitsgrundlage herauszubilden, um sowohl eine Argumentationsgrundlage gegenüber den Eigentümern potentieller Baulandflächen, als auch ein Gleichbehandlungsschema (Willkürverbot!) bieten zu können.

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, den Anträgen auf

-Auferlegung der Grunddienstbarkeiten (Bauverpflichtung, Zweitwohnungsausschluss) nur für die Baurechtsmehrung und nicht für das langjährig bestehende Baurecht sowie

-Entlassung aus den Grunddienstbarkeiten (Bauverpflichtung, Zweitwohnungsausschluss), nicht zuzustimmen.

Weiter wird an den Auflagen Bauverpflichtung und Zweitwohnungsausschluss festgehalten. Die Modalitäten sollen bei einem Termin bis Ende September 2023 mit dem Notar festgelegt werden.

Neuerlass einer Kurbeitragssatzung zum 01.01.2024

Die Gemeinde Seon-Seebruck verfügt derzeit über eine gültige Kurbeitragssatzung. Die Kurbeitragssatzung, welche am 13.11.1981 in Kraft getreten ist, soll nun durch das hohe Defizit, als auch weiterer Änderungen in der Mustersatzung angepasst werden.

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, den Kurbeitrag ab 01.01.2024 anzupassen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung entsprechend anzupassen und dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Grund- und Mittelschule Obing; Zustimmung zum Schulvertrag

Die Gemeinde Seeon-Seebruck hat mit der Gemeinde Obing seit der Zusammenlegung des Schulsprengels (09.05.1979) einen öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Grund- und Mittelschule Obing. Aufgrund von mehreren gesetzlichen Änderungen soll nun ein neuer Schulvertrag geschlossen werden.

Beschluss: Der Gemeinderat hat den Vertragsentwurf zum Schulvertrag Grund- und Mittelschule Obing in der vorgelegten Fassung genehmigt. Der Erste Bürgermeister wird zur Vertragsunterzeichnung ermächtigt.

Hafeninsel Seebruck; Vorstellung des Maßnahmenkonzeptes - Beschlussfassung und weitere Vorgehensweise

Das durch den Bürgerrat erarbeitete Konzept für die Hafeninsel in Seebruck wurde dem Gemeinderat im April vorgestellt. In Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Heyse & Schelle wurde daraufhin ein finales Maßnahmenkonzept für die Hafeninsel erstellt.

Das Konzept sieht folgende Punkte zur Verbesserung der Situation an der Hafeninsel vor:

- 1) Anbindung der Hafeninsel an die Ortsmitte verbessern
- 2) Parkplatz modernisieren und funktional verbessern
- 3) Rückbau des südwestlichen Parkplatzbereichs
- 4) Zugänge und Wege des Strandbads gestalten
- 5) Naturnahe Neugestaltung der Vorbereiche des Strandbadgebäudes
- 6) Sanierung/Neubau des Strandbadgebäudes zur ganzjährigen Nutzung
- 7) Schattenbereiche und freie Wiesenbereiche erhalten
- 8) Neue Attraktionen am Seeufer schaffen
- 9) temporäre Strandbar für die Sommermonate am See anstatt Versorgungsstützpunkt
- 10) östliche Hafeninsel aufwerten

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, vom geplanten Versorgungsstützpunkt am Uferbereich abzusehen. Die diesbezüglichen Hochbauplanungen sind umgehend einzustellen. Zudem beschließt der Gemeinderat, das vorgelegte Maßnahmenkonzept vom Planungsbüro Heyse & Schelle einschließlich der Priorisierung weiter zu verfolgen.

Die Vorgaben für die Hochbauplanung sollen von der Verwaltung erarbeitet werden und dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

Bundwerkstadel Ischl; Abschluss eines Überlassungsvertrages - Beratung und Beschlussfassung

Für die zukünftige Nutzung des Bundwerkstadels Ischl wurden Anfang 2022 Ideen gesucht. Die Ischler Dorfgemeinschaft zeigte Interesse und gründete den Verein Freunde des Ischler Bundwerkstadels e.V. Nun wurde ein entsprechender Nutzungsüberlassungsvertrag ausgearbeitet.

Beschluss: Der Gemeinderat hat den Ersten Bürgermeister ermächtigt, den Nutzungsüberlassungsvertrag zwischen der Gemeinde Seeon-Seebruck und dem Verein Freunde des Ischler Bundwerkstadels e.V. zu schließen. Die Frage der Standsicherheit soll vor Vertragsunterzeichnung geklärt sein.

Interne Verwaltungsvorschrift zum Umgang von Wahlwerbung - Beratung und Beschlussfassung

Der Gemeinderat Seeon-Seebruck hat in seiner Sitzung vom 19.06.2023 eine Plakatierungsverordnung beschlossen. Diese regelt unter anderem das Aufstellen bzw. Aufhängen von Wahlwerbung. Da diese künftig über Wahlplakattafeln geregelt werden soll, ist hier eine Interne Verwaltungsvorschrift zum Umgang von Wahlwerbung zu erlassen.

Beschluss: Der Gemeinderat hat die Interne Verwaltungsvorschrift zum Umgang von Wahlwerbung beschlossen.

Energieversorgung, Abschluss von Stromlieferungs-Anschlussverträgen

Ende des Jahres 2022 hat die Gemeindeverwaltung nach der gescheiterten Ausschreibung des Dienstleisters KUBUS im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnehmerwettbewerb die Stromlieferverträge für 2023 abgeschlossen. Mittlerweile haben sich die Beschaffungspreise für Strom deutlich reduziert, weshalb sich in den kommenden Wochen ein günstiger Zeitpunkt zum Abschluss eines Folgevertrages für das Jahr 2024 ergeben könnte.

Beschluss: Der Gemeinderat hat beschlossen, den Ersten Bürgermeister zu bevollmächtigen, im Rahmen eines Eilgeschäftes, den Zuschlag an ein Versorgungsunternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu erteilen.

Manuela Niedermaier, Hauptverwaltung